

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 18 (1992)

Heft: 3-4

Artikel: Hochschule und Gesellschaft

Autor: Kaiser, Gert

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894244>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



*Prof. Dr. Gert Kaiser
Rektor der Heinrich-Heine
Universität Düsseldorf.
Präsident des Wissenschafts-
zentrums Nordrhein-Westfalen*

Gert Kaiser

Hochschule und Gesellschaft¹

Das bedeutsamste bildungspolitische Ereignis dieses Jahrzehnts ist der wachsende Andrang zu den Hochschulen. Die jetzigen dreissig Prozent Studenten pro Jahrgang werden wohl auf vierzig und mehr Prozent steigen. In naher Zukunft wird die Hochschule die Schule der halben Nation sein. Ich nehme mir die Freiheit, das Thema «Hochschule und Gesellschaft» in Form einiger Thesen zu behandeln. Ich gebe keinen historischen unkeinen systematischen Abriss. Das gibt es schon, und vieles ist vorzüglich. Ich halte mich zurück mit Vorschlägen zur organisatorischen Reform der Hochschulen – auch hier sind in letzter Zeit einige gute und manche gutgemeinte Überlegungen geäussert worden². Ich räsonniere über die Lage wie ich sie als Rektor einer westdeutschen Universität wahrnehme. Ich spalte zu, und ich überzeichne.

1. These: Vor 15 Jahren hat die Politik auf die Überfüllung der Hochschulen reagiert: sie sollten eine zeitweilige «Überlast» tragen, um der jungen Generation den Zugang zu den Hochschulen nicht zu versperren. Inzwischen sind die Verhältnisse von 1977 fast idyllisch: die Zahl der Studienanfänger hat seither um 76 Prozent zugenommen, die des Lehrpersonals nur um 6 Prozent. Selbst bei verbesserter Finanzausstattung werden wir den Zustand von 1977 nie mehr erreichen.

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrages, gehalten beim hochschulpolitischen Symposium an der Universität Hannover, am 8. November 1991, anlässlich des 60. Geburtstags von Prof. Dr. Hinrich Seidel, Präsident der Universität Hannover und Präsident der Europäischen Rektorenkonferenz.

² Siehe vor allem die acht «wichtigsten Punkte in einer schmucklosen Reihung» von Bodo von Greiff: Diogenes falsch verstanden: Tonnenideologie an der Universität. In: Leviathan 19 (1991), S. 172–174 sowie das schöne «Szenario aus der Brandenburg-Berliner Hochschulwelt im Jahre 2006» von Claus Koch: Staat und Universität. In: Leviathan 19 (1991), S. 479 ff.

Es ist Zeit, dass die Universitäten aufhören, sich wie ewig Betogene aufzuführen. Als man sie nötigte, eine vorübergehende «Überlast» zu tragen und so die Offenheit der höheren Ausbildung trotz des Massenandrangs für eine Zwischenzeit zu garantieren, da konnte kein Mensch wissen, dass wir einem säkularen Drang junger Menschen zu den Universitäten ausgesetzt sein würden. Wenn die Politiker Besserung versprachen und versprechen – leichtsinnig oder guten Glaubens –, dann meinten sie den mittelfristigen Rückgang der Studentenzahlen – nicht aber eine Finanzierung der Massenuniversitäten nach Massstäben früherer «Friedenswerte».

Wir müssen uns darauf einstellen, dass die einst als Krise bezeichnete Lage unsere gegenwärtige und künftige Normalität ist. Nur so kommen die Universitäten aus der entrüsteten Defensive heraus, nur so werden sie zum Handeln frei – oder wenigstens zur schönen Resignation.

2. These: Die gesellschaftlichen Forderungen an die Universitäten heissen unisono: 1. Intensivierung des Forschungstransfers und 2. Verbesserung der Ausbildung. Mehr kann sich die Gesellschaft von der Universität offenbar nicht denken – aber die Universität von sich selbst auch nicht.

Ein Ergebnis der Studentenrevolte der späten sechziger Jahre ist, dass die Universitäten ihren Narzissmus drangegeben und sich gesellschaftlichen Bedürfnissen geöffnet haben. Ein inzwischen sichtbares Ergebnis dieser Öffnung ist eine funktionierende, einseitig technische Transfer-Mentalität. Paradox ist dieses Ergebnis deshalb – gemessen am Geist der Studentenrevolte –, weil die ehemalig kritisch gemeinte Praxisorientierung der Wissenschaft durchwegs nur eine technisch orientierte Wissenschaftsanwendung begünstigte. Dieser Techniktransfer ist mittlerweile ein unentbehrlicher Teil eines dauernden wirtschaftlichen Innovations- und Modernisierungsprozesses geworden.

Inzwischen hat man europaweit erkannt, dass die Ausbildungsleistungen der Universitäten – im Vergleich zum Forschungstransfer – noch deutlich zurückhinken und weniger marktgerecht organisiert sind. Deshalb rollt jetzt als zweite Welle der Modernisierung der Universitäten die Optimierung der Ausbildung heran.

Dass die säkularisierte Marktgemeinschaft keine weiteren Erwartungen an die Universitäten richtet, entspricht ihrem vordergründigen rationalen Interesse. Dass die Universitäten ebenfalls keine weiteren Erwartungen an sich formulieren, ist eine traurige Tatsache und zeigt, dass sie sich diesem Interesse fügen.

3. These: Wir erleben gegenwärtig eine Fachhochverschulung der Universitäten. Jede Universi-

tät ist heute schon zur Hälfte eine Fachhochschule. Und was sie dort in der Forschung noch besser sein mag, ist sie in der Lehre oft schlechter.

Die Universitäten werden auf Dauer als Massenbetriebe mit Massenfächern organisiert, mit zu vielen Studenten, zu wenig Lehrkräften und zu geringen Investitionen. Das führt entweder zu schlechter Ausbildung mit extrem hoher Misserfolgsquote, an die man sich zu gewöhnen beginnt.³ Oder es führt zu einer Verschulung der Studiengänge. So erscheint die schleichende Fachhochverschulung der Universitäten geradezu und ironischerweise als eine verantwortungsvolle Haltung.

Die Tendenz zur Fachhochschule wird verstärkt durch die stetige Auswanderung belangvoller Forschung aus den Universitäten in Spezialinstitute.

Als eine Reaktion darauf forcieren die Universitäten ihrerseits entweder die Spezialforschung oder die Interdisziplinarität. Das sind freilich zwei sehr ähnliche Sackgassen. Denn die zunehmende Disziplinarität und Arbeitsteilung innerhalb der Fächer führt zu geistigem Konformismus in engen Fachgrenzen, führt zu einer Disziplinierung der jungen Köpfe, ja der Forschung insgesamt und verstärkt damit die Tendenz zur Anpassung an die Verhältnisse. Und umgekehrt ist auch die Interdisziplinarität allzu oft nur ein Argument zur Sicherung des Status quo. Denn die interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeit ist heute oft nicht anders als eine hocheffektive Sicherung der Disziplin. Jede noch so enge Disziplin kann bleiben, was sie ist, wenn sie sich nur ins interdisziplinäre Gespräch begibt. Das ist bedeutsam gerade für jene Kleindisziplinen, die sich weniger der Logik der Sache als vielmehr der findigen Abgrenzung von Forschungsnischen danken. Die Krönung solcher Kreativität ist stets die Aufnahme in den amtlichen Studienplan.

4. These: Beamtenrecht, Bürokratisierung und intellektuelle Unauffälligkeit sind einander stützend verbunden.

Der Begriff «Intellektueller» wurde um die Jahrhundertwende für den Kreis um Emile Zola erfunden. Es waren Künstler, Journalisten, Wissenschaftler, die einen persönlich sehr risiko-reichen Kampf gegen die Staatsraison führten, indem sie immer wieder öffentlich einen Skandal nannten, was dem jüdischen Hauptmann Dreyfus

³ Vgl. die Zahlen, die Bodo von Greiff, Leviathan 19, S. 171, für die FU Berlin nennt: «Studienabbruchquote von 57% in Betriebswirtschaftslehre, 61% in Germanistik, 56% in Politikwissenschaft, 44% in Jurisprudenz, 15% in Biochemie, 18% in Pharmazie und 91% in Philosophie (...). Womöglich hat Berlin hier ausnahmsweise keine Vorreiterrolle.

widerfahren war. Zur Geschichte und zum Ehrentitel der Intellektuellen gehört, dass die auf's Ganze gesehen den Kampf zwischen Geist und Macht erfolgreich führten. Die Beförderung von öffentlicher Transparenz, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit danken sich nicht zuletzt der intellektuellen Störung der politischen Verhältnisse.

Eigentlich müsste ein beamteter Wissenschaftler, geschützt durch Beamtenrecht und Freiheitsgarantie des Grundgesetzes, eine grosse Neigung zum intellektuellen Risiko haben. De facto aber wirkt das unkündbare öffentliche Dienstverhältnis offenbar eher besänftigend – es gibt nur wenige rühmliche Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Nun ist es gewiss nicht originell, wenn ein beamteter Professor – wie der Autor – sich süffisant über beamtete Professoren äussert. Aber mir will und will nicht in den Kopf, warum unter uns deutschen Professoren nicht mehr provokante intellektuelle Störenfriede sind.

Zur oft beklagten Bürokratie im Wissenschaftsbereich nur dies: sie ist deutlich gewachsen mit der sogenannten Demokratisierung der Hochschulen, die eine Verrechtlichung aller universitärer Lebenszusammenhänge mit sich brachte. So holt sich die Bürokratie ihr Recht und ihr Pathos aus den gesetzlichen Vorgaben, sei's zur Leitung einer Universität, sei's zur Mitbestimmung der Gruppen, sei's zur rationalen Mittelverwendung.

Und es gilt tatsächlich: Je besser die Bürokratie funktioniert, um so näher kommen wir diesen demokratischen Zielen. Ironischerweise kann die Bürokratie vorgeben, so der Sicherung der durch die Intellektuellen, jedenfalls der Hochschulreformer, erstrittenen Rechte zu dienen. Aber es gilt auch: Je näher wir diesen Zielen kommen, um so dichter wird die Bürokratie.

Wir sind inzwischen allzu nahe dran: Vielleicht ist es übertrieben zu sagen, dass die Bürokratie – in Studium, in Lehre und Forschung – die Entfaltung des intellektuellen Individuums verhindert, aber sie macht es dem Individuum leicht, sich intellektuell nicht zu entfalten.

5. These: Da die Universitäten kein anderes politisches Thema kennen als «Geldmangel» und «Studentenmassen», verdienen sie es, dass eine Koalition aus Didaktikern und Politikern sie zur höheren Lehranstalt erklärt.

Die Universitäten sind gegenwärtig, wo sie sich politisch artikulieren, zu keinen anderen Themen als «Geldmangel» und «Studentenmassen» fähig. So werden sie zu defensiven Fürsprechern des Status quo; sie verspielen damit die Chance für eine neue Qualität «intellektueller Nützlichkeit»,

verspielen die Chance, ein intellektuelles Frühwarnsystem zu sein oder, wenn man so will: die Chance auf Orientierung.

Denn: Was bis vor kurzem bloss eine wissenschaftliche Beschreibung war – die Unmöglichkeit des Dialogs zwischen den beiden wissenschaftlichen Welten, zwischen der naturwissenschaftlich-technischen Kultur und der geistes- und sozialwissenschaftlichen Kultur – das ist inzwischen womöglich eine Überlebensfrage der Gattung geworden.⁴ Die Anzeichen mehren sich, dass die Anpassungsfähigkeit von Mensch und Natur an den technischen Fortschritt sich langsam erschöpft. Deshalb müssten die Universitäten – wollen sie belangvolle Institutionen bleiben – den Dialog zwischen den zwei Kulturen nicht als akademischen, sondern als einen politischen Dialog, wenn nötig als Streit führen. So würde auf seriöse Weise ins öffentliche Bewusstsein gebracht, welcher Gewinn der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt für uns ist – und welchen Preis wir dafür zahlen.

6. These: Intellektuellenmilieu und Universität sind fast schon Gegensätze geworden.

Die Betriebsamkeit der Forschung, die Belastung durch die Lehre und Bürokratie, aber auch ein Hang zur öffentlichen Unauffälligkeit lassen in den Universitäten wenig Raum und Neigung zum kritisch intellektuellen Denken und Äußern. Zu viele Universitätsangehörige suchen die fachwissenschaftliche, zu wenige die politisch-intellektuelle Öffentlichkeit. Der politisch bewusste Bürger, der «citoyen», scheint an den Universitäten selten zu werden.

Zudem: die wenigen verbleibenden geisteswissenschaftlichen Intellektuellen in der Universität sind den Denkmustern der früheren Moderne verhaftet; sie sehen sich im Spannungsfeld von Geist und Macht – wobei Macht vorwiegend als politische und wirtschaftliche begriffen wird. Doch wenn man überhaupt noch bei diesen liebgewordenen Begriffen bleiben will, dann ist die zukunftsbestimmende «Macht» der halbautonom gewordene wissenschaftlich-technische Progress selbst.

Gewiss, die sogenannte Sinnproduktin der Geistes- und Sozialwissenschaften bring immer noch traditionelle Orientierungsangebote hervor. Dass sie im Regelfall den wissenschaftlich-technischen Progress verharmlosen, ja ignorieren, dass nicht einmal der gegenwärtige Stand künftiger Schlüsseltechniken geistig aufgenommen oder gar kritisch durchdrungen wird, das ist das intellektuelle

Desaster der Hochschulen und ein wachsender Schaden für die Gesellschaft.

Friedrich Dürrenmatt wurde in seinem letzten Interview im Dezember 1990 gefragt, warum er sich als Schriftsteller mit Naturwissenschaften beschäftige. Seine Antwort: «Die Welt dramaturgisch in den Griff zu bekommen, das geht heute ohne Beschäftigung mit der Wissenschaft überhaupt nicht. Was die Welt verändert, ist doch nicht die Politik oder Kunst, sondern eben die Wissenschaft. Die zweite, die naturwissenschaftliche Kultur ist heute das Entscheidende. Die Politik hinkt nach. Sie versucht mühsam, die Entwicklung zu steuern. Die Schriftsteller, die aus Vorsatz naturwissenschaftlich ungebildet sind, verstehe ich nicht.»

Was für Schriftsteller gelten soll, muss für Intellektuelle generell gelten. Die vordringliche Aufgabe der geistes-, sozial- und naturwissenschaftlichen Intelligenz der Universitäten ist es – nein, müsste es sein –, den Dialog zwischen den zwei Kulturen als einen politischen Dialog zu beginnen.

Dieser Dialog wäre die unserer Gegenwart gemäße Form der Aufklärung, Dürrenmatts harte Formulierung von der «vorsätzlichen Unbildung» analog die heutige Form der «selbstverschuldeten Unmündigkeit». Kants Aufklärungsschrift führt den Kampf gegen die Mächte der traditionellen Ignoranz, gegen die Mächte der Vergangenheit, wo sie die Gegenwart noch fesselten, auch gegen die Macht der geistigen Trägheit. Analog wäre der Dialog und der Streit der zwei Kulturen heute zu führen als Auseinandersetzung über das, was wir in Zukunft wissen können, tun sollen, und hoffen dürfen. Vielleicht gar zeigt der Streit die Richtung für einen Ausgang aus unserer selbstverschuldeten wissenschaftlichen Unmündigkeit. Und vielleicht kehrt in diesem Streit auch der citoyen an die Universitäten zurück.

⁴ Vgl. Poser, Hans: Gibt es noch eine Einheit der Wissenschaften? Zum Wissenschaftverständnis der Gegenwart In: Technologisches Zeitalter oder Postmoderne? Hg. von Walter Ch. Zimmerli. 2., unv. Auflage. München 1991, S. 111–126, bes. S. 112.

Adresse des Verfassers:

Prof. Dr. Gert Kaiser

Rektor der Heinrich-Heine Universität

Universitätsstrasse 1

D-W 4000 Düsseldorf 1